

Pressemitteilung Fraktion Marburger Linke

MARBURGER LINKE.
Fraktion in der Marburger Stadtverordnetenversammlung

PM: Keine Rüstungsforschung an der Uni Marburg

Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt unterstützt Forderung nach Zivilklausel

**Fraktion Marburger Linke in der
Stadtverordnetenversammlung**

Bahnhofstraße 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873
Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Spenden
Konto-Nr. 176 239 07
Volksbank Mittelhessen
BLZ 513 900 00

Auf Initiative der Fraktion Marburger Linke hat die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt mehrheitlich einen gemeinsamen Antrag von Linken, SPD und Bündnis90/Die Grünen beschlossen, in dem kritisiert wird, dass „an einem Institut der Philipps-Universität mit Mitteln der US-

Luftwaffe Forschung betrieben wurde, die zu militärischen Zwecken verwendet werden kann.“

Desweiteren heißt es in dem Antrag, dass Anstrengungen der Philipps-Universität Marburg unterstützt werden, „einen Kodex zu entwickeln, damit zukünftig Forschung und Drittmittelakquise transparent und unter ethischen Maßstäben praktiziert werden und Frieden und Abrüstung verpflichtet sind.“

Marburg, den 03. Februar 2014

Der Marburger Beschluss sei ein „starkes Signal für Frieden und Abrüstung“, kommentiert Jan Schalauske, Stadtverordneter der Fraktion Marburger Linke. Vor dem Hintergrund, dass in Afghanistan und Pakistan in den letzten Jahren tausende Menschen, darunter hunderte Zivilist/innen, durch US-Drohnenangriffe getötet worden sind, sei es unerträglich, dass in Marburg Forschung mit dem Zweck betrieben wurde, diese tödliche Waffentechnologie zu verbessern. Nicht ohne Grund fordere die internationale Friedensbewegung die Ächtung dieser „Killerwaffen“.

Erfreut zeigt sich Schalauske darüber, dass die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, in einem gemeinsamen Antrag von Linken, SPD und Bündnis90/ Die Grünen, dazu bereit war, sich in die Debatte um Rüstungsforschung an der Universität einzuschalten und somit gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der Beschluss unterstütze nicht nur die aktuellen Bemühungen des Senats der Philipps-Universität, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um zukünftig Rüstungsforschung zu verhindern, sondern stärke als Stimme der städtischen Öffentlichkeit auch grundsätzlich kritischen Wissenschaftler/innen, Gewerkschafter/innen und Studierenden in ihrem Engagement für „eine Hochschule für den Frieden“ den Rücken.

Die Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ listet aktuell immerhin 14 Hochschulen in Deutschland auf, die mit Hilfe sogenannter Zivilklauseln der Rüstungsforschung eine Absage erteilt und sich dazu verpflichtet haben, Lehre und Forschung zu zivilen Zwecke zu betreiben. „Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Philipps-Universität Marburg sich ihnen als Nummer 15 anschließen würde“, so Schalauske abschließend. Der Unterstützung durch die Stadtverordnetenversammlung kann sich die Universität jedenfalls sicher sein.

Zum Hintergrund:

Nach Recherchen von NDR und Süddeutscher Zeitung haben deutsche Hochschulen seit dem Jahr 2000 mehr als neun Millionen US-Dollar aus dem amerikanischen Verteidigungsetat erhalten. Auch an

der Philipps-Universität Marburg ist im Auftrag des US-Militärs geforscht wurden. Eine Arbeitsgruppe am Fachbereich Biologie untersuchte, gefördert mit 143.000 US-Dollar, die *nächtliche Orientierung von Wanderheuschrecken*. Das US-Militär erhoffte sich davon neue Erkenntnisse, wie die Steuerung von unbemannten Luftfahrzeugen, sog. Drohnen, und der Einsatz von „präzisionsgelenkter Munition“ verbessert werden kann. Der Universitätssenat setzte daraufhin eine Kommission ein, die Vorschläge für eine intentionsgeleitete Zivilklausel erarbeiten soll.

Der Antrag „Keine Rüstungsforschung an der Philipps-Universität“ im Wortlaut:

"Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass an einem Institut der Philipps-Universität mit Mitteln der US-Luftwaffe Forschung betrieben wurde, die zu militärischen Zwecken verwendet werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anstrengungen der Philipps-Universität einen Kodex zu entwickeln, damit zukünftig Forschung und Drittmittelakquise transparent und unter ethischen Maßstäben praktiziert werden und Frieden und Abrüstung verpflichtet sind."